



öffentlich

Betreff:

Einrichtung und Betreibung der zentralen Sammelstelle für Sachspenden für Geflüchtete

Einreicher: Fraktion DIE LINKE	Erstellungsdatum	30.11.2015
	Eingang 922:	30.11.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung von 5 Stellen (2 Stellen aus dem Programm mit Bundesförderung „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ und 3 Stellen aus dem Programm „Förderung von Arbeitsverhältnissen“ nach § 16 e SGB II) für die Einrichtung und Betreibung der zentralen Sammelstelle für Sachspenden für Geflüchtete in der Haeckelstraße unverzüglich im Stellenplan der Landeshauptstadt Potsdam sicherzustellen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, DS 15/SVV/0613, hat die Verwaltung in der Sitzung des Hauptausschusses am 25.11.2015 mitgeteilt, dass ein Objekt für die Einrichtung der zentralen Sammelstelle für Sachspenden für Geflüchtete gefunden werden konnte. Der Abschluss eines Mietvertrages ist bereits zum 1. Dezember 2015 erfolgt. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für den Beginn der Arbeit der Sammelstelle gegeben.

Jetzt müssen die personellen Voraussetzungen geschaffen werden, um zunächst Spenden in Empfang zu nehmen, zu sortieren und zu lagern, was gegebenenfalls über ehrenamtliches Engagement erfolgen kann. Die Sammelstelle kann aber erst dann ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, wenn neben den Bundesfreiwilligen Dienst Leistenden und Flüchtlingen auch die über die Arbeitsmarktförderung gewonnenen Kräfte zur Verfügung stehen. Dazu ist die umgehende Einrichtung der 5 Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Potsdam erforderlich.